

Neuer Streit um alte Schule

Verlegung Ullersdorf will Grundschule durch Gerichtsbeschluss retten

Ullersdorf. Das Schicksal der Grundschule in Ullersdorf ist weiter ungewiss. Ortsvorsteher Frank-Peter Wieth (CDU) verteidigte den Beschluss des Ortschaftsrates, gegen die geplante Verlegung der Grundschule nach Großerkmannsdorf vor dem Verwaltungsgericht Dresden zu klagen. Nach Angaben des dortigen Gerichtssprechers Robert Bendner ist die Klage von Ullersdorf gegen die Stadt Radeberg unter dem Aktenzeichen 5 1875/11 (Schulstandortverlagerung entgegen Eingliederungsvereinbarung) anhängig. Ein Termin für die mündliche Verhandlung oder Entscheidung stehe noch nicht fest, sagte der Gerichtssprecher. Ullersdorf und Großerkmannsdorf sind Ortsteile der Stadt Radeberg.

Das Gebäude, in dem die Jungen und Mädchen der Ullersdorfer Grundschule lernen, ist über 100 Jahre alt. Nachdem Ende des 19. Jahrhunderts die Einwohnerzahl in dem Ort ständig anstieg, entschlossen sich die Verantwortlichen, eine Schule zu bauen.

Im Jahre 1896 war es dann soweit und das neue Schulhaus konnte seiner Bestimmung übergeben werden. Nach der Wende wurden dort ab 1992 Grundschüler der 1. Bis 4. Klassen untergebracht. Träger ist die Stadt Radeberg. In den letzten Jahren wurden erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um die Bausubstanz des Gebäudes zu verbessern. So wurden neue Fenster und Türen eingebaut, der Sanitärtrakt modernisiert, der Schulhof neu gestaltet und eine neue Heizungsanlage installiert.

Als weiteren kommunalpolitischen Schwerpunkt nannte Wieth, der auch CDU-Ortschef in Radeberg ist, die Erarbeitung eines Wirtschafts- und Ansiedlungskonzeptes für die Stadt. Es gehe darum herauszuarbeiten, was bereits an Unternehmen in Radeberg ansässig seien, was bräuchten diese Betriebe und was könnte, wenn es um die Neuansiedlung von Gewerbe gehe, zu dieser Struktur passen, sagte Wieth. Der Stadtrat habe solch ein Vorhaben zwar mit der Begründung abgelehnt, dass dies Sache der Verwaltung sei, aber „wir behalten das Thema Wirtschaftskonzept weiter im Auge“, betonte der CDU-Ortschef. Nach seiner Einschätzung muss sich die Kommunalpolitik in Radeberg auch um den demografischen Wandel und um die älteren Mitbürger kümmern. Es gehe um die bauliche Situation und darum, wie Senioren mit dem Rollator zum Einkaufen kommen.

Zugleich forderte Wieth einen verstärkten Ausbau der Tagespflege. Dazu gehöre eine Vertretungsregelung für den Fall, dass die Tagesmutter erkrankt sei. Eine personelle Vertretung müsse kompetent sein. „Da kann man nicht nur die Oma nehmen“, betonte Wieth. Zugleich kritisierte er die Art und Weise, wie in Radeberg mit Investitionen umgegangen wird und forderte in diesem Zusammenhang eine bessere Planung der Verwendung von finanziellen Geldern. Gängige Praxis sei bis jetzt häufig, dass ein Angebot vorliege und im Nachhinein alles immer teurer werde. „Der Stadt fehlt das Kostenbewusstsein“, kritisierte Wieth.